

Kuba - Wegen Zivilcourage vor Gericht

18.08.2008, 15:19 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)*

Presseagentur: *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)*



Rassismus auf Kuba: Iris Tamara Perez Aguilera wegen menschlicher Anteilnahme misshandelt und angeklagt. Bild: directorio.org

IGFM: Menschenrechtsaktivistin Iris Tamara Perez Aguilera wegen menschlicher Anteilnahme misshandelt und angeklagt

Havanna – Placetas – Frankfurt/M. (18. August 2008) – Wie jetzt bekannt wurde, wird die 38jährige kubanische Bürgerrechtlerin, Iris Tamara Perez Aguilera, am Mittwoch wegen "Beamtenbeleidigung" vor Gericht gestellt. Ihr Vergehen: Als Polizisten vor ihren Augen einen 18jährigen zusammenschlugen, schritt sie ein und forderte, dass der junge Mann ins Krankenhaus gebracht wird. Frau Perez Aguilera "hat kein Verbrechen begangen, sondern Anteilnahme für einen Mitmenschen gezeigt, der misshandelt wurde. Angeklagt werden müssten die gewalttätigen Beamten, die kubanische Bürger misshandeln, wenn sie vom Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch machen", erklärte dazu heute in Frankfurt Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

Als Iris Tamara Perez Aguilera am 6. August beobachtete, wie Polizeibeamte in der Stadt Placetas auf den jungen Kubaner Milquiades Hernández brutal einschlugen, schritt sie ein und forderte, dass Hernández in ein Krankenhaus gebracht wird. Daraufhin wurde sie grob beleidigt, festgenommen, zur Polizeiwache gebracht, der "Beamtenbeleidigung" beschuldigt und zur Zahlung von 500 Pesos (15,32 Euro, entspricht etwa einem kubanischen Monatsgehalt) Strafe

aufgefordert.

Da sie nichts Schuldhaftes begangen hat, weigerte sich Frau Perez Aguilera die Strafe zu zahlen und schickte zusammen mit 15 Menschenrechtsaktivisten einen Protestbrief an die kubanische Generalstaatsanwaltschaft (* Namen siehe unten). Anschließend trat sie in den Hungerstreik, um auf ihr Recht auf freie Meinungsäußerung aufmerksam zu machen, berichtet die IGFM.

Demonstration in Havanna brutal beendet

Als die lokalen Behörden nicht auf Frau Perez Aguileras Proteste reagierten, organisierte sie mit neun anderen Menschenrechtsaktivisten am 15. August eine friedliche Demonstration auf dem Revolutionsplatz in Havanna. Sofort stürmten Beamte der Staatssicherheit auf den Platz und schlugen die Demonstranten brutal zusammen. Sie wurden vorübergehend festgenommen, erhielten eine Verwarnung und wurden darauf hingewiesen, dass sie mit Anklage und Haftstrafe rechnen müssen.

Frau Perez Aguilera wurde in ihre Heimatstadt Placetas zurückgeschickt. Dort erhielt sie eine Vorladung vor Gericht. Der Gerichtstermin ist für Mittwoch, den 20. August angesetzt.

Rassistische Beleidigungen durch Polizisten

Polizeibeamte, die Frau Perez Aguilera am 6. August festgenommen hatten, beleidigten sie als "schwarze Hure", "schwarze Äffin" und erklärten, dass ein Befehl erforderlich wäre, "alle Schwarzen umzubringen, die sich in alles einmischen".

IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin forderte die kubanische Justizministerin Maria Esther Recio Gonzalez auf, umgehend ein Dienstaufsichtsverfahren wegen Beleidigung und Misshandlung aus rassistischen Motiven gegen die Beamten einzuleiten.

* Unterzeichner des Briefes an die Generalstaatsanwaltschaft sind:

José Alin Benítez Fleites, Arturo Conde de Zamora, Ignacio Estrada Cepero, Guillermo Farinas Hernández, Blas Augusto Fortún Martínez, Yuneski García López, Juana Gómez Riego, Loreto Hernández García, Yesmi Elena Mena Zurbano, Ernesto Mederos Arocerena, Luís Enrique Monzón Rivero, José Alverto Ocona Zarciles, Donaida Pérez Panceiro, Félix Reyes Gutiérrez, Frank Reyes López, Alcides Rivera Rodriguez, Amado Ruíz Moreno, Idaina Yanés Contreras und Jorge Luís García Pérez 'Antúnez'.

Portrait

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) ist eine Menschenrechtsorganisation, die 1972 in Frankfurt am Main gegründet wurde. Sie unterstützt Menschen, die sich gewaltlos für die Verwirklichung der Menschenrechte in ihren Ländern einsetzen oder die verfolgt werden, weil sie ihre Rechte einfordern. Nach Auffassung der IGFM sind nach dem Recht auf Leben und Sicherheit der Person, die bürgerlichen Rechte wie Meinungs-, Versammlungs- Religions- und Pressefreiheit die wichtigsten Menschenrechte. Ohne sie kann es weder Frieden noch sozialen Fortschritt geben. Die Grundlage ihrer Arbeit bildet die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948.

News-ID: 234987 • Views: 1636 (Stand: 02.06.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/234987/Kuba-Wegen-Zivilcourage-vor-Gericht.html>